

StuPa-O-Mat: Thesen

Die folgende Liste an Thesen ist bis einschließlich 17.06.2019 zu beantworten und entweder in schriftlicher Form beim AStA einzureichen oder aber via Mail an wahl@asta-kit.de. Die hier eingereichten Thesen wurden teilweise leicht umformuliert, präzisiert und zusammengeführt, um Dopplungen zu begegnen oder Sachverhalte zu konkretisieren bzw. realistischer zu machen. Bitte beantwortet die Fragen mit den Angaben „Dafür“, „Neutral“ und „Dagegen“. Ihr habt hierfür bis Montag, den 16. Juni 2019 Zeit. Anschließend werden wir die endgültigen Thesen für den StuPa-O-Mat auswählen und euch zeitnah schicken. Anschließend könnt ihr diese Thesen bis zum 26. Juni 2019 begründen und uns erneut einschicken.

Liste der Thesen für den StuPa-O-Mat:

- Es sollten genügend Studienplätze geschaffen werden, sodass sämtliche Zulassungsbeschränkungen abgeschafft werden können.
- Die Abgeordneten sollen regelmäßig anwesend sein und aktiv Anträge zur Verbesserung der Verfassten Studierendenschaft einreichen und bei regelmäßigem Fehlen ihr Amt verlieren.
- Das Studierendenparlament sollte eine Initiative starten, mit den Studierendenvertretungen anderer Hochschulen aufzuzeigen, dass der aktuelle BAföG-Satz nicht ausreichend ist.
- Das Studierendenparlament soll dafür kämpfen, dass sich ein Student sein hochschulpolitisches Engagement auf dem Abschlusszeugnis offiziell vermerken lassen kann.
- Die Verfasste Studierendenschaft soll einen Vertrag zur Nutzung der Nextbikes abschließen.
- Werbung von Unternehmen auf dem Campus, die auf qualifizierte Absolventen abzielt, sollte nicht eingeschränkt werden.
- Das Studierendenparlament soll sich dafür einsetzen, dass ein nachgelagertes Studiengebührenmodell eingeführt wird, welches Studenten aus finanziell schwachen Familien ermöglicht, Studiengebühren erst nach dem Studium zurückzuzahlen (würde zusätzlich zum BAföG eingeführt werden).
- Der Studienausweis soll als KVV-Bescheinigung genügen und nicht noch einen zusätzlichen Ausdruck benötigen.
- Fahrradleihen auf dem Campus sollen in regelmäßigen Abständen entfernt werden.
- Es sollten vermehrt system- und gesellschaftskritische Seminare angeboten werden.
- Die Studiengebühren für Nicht-EU Ausländer sollten beibehalten werden.
- Auf dem Campus sollten mehr Lernplätze ausgewiesen werden.

- Die Verfasste Studierendenschaft sollte sich mehr für Studenten engagieren, die ein Semester im Ausland studieren wollen, dies fördern und hierfür ein passendes Konzept ausarbeiten.
- Die kommerzielle Werbung im Mensagebäude soll eingeschränkt werden.
- Es sollen keine Flyer mehr aus Mitteln der Verfassten Studierendenschaft finanziert werden.
- Die Rücklagen der Verfassten Studierendenschaft sollen durch Verringerung des Semesterbeitrags abgebaut werden.
- Es soll mehr öffentliche Wasserspender geben.
- Die Studiengebühren für ein Zweitstudium sollten abgeschafft werden.
- Klausuren sollen zur Verbesserung der Hörsaalsituation häufiger auch am Samstag stattfinden.
- Es soll ein verpflichtendes Fach Ethik in den Ingenieurwissenschaften angeboten werden.
- BAFöG sollte elternunabhängig sein.
- Die Kunststoffverwendung in der Cafeteria soll minimiert werden.
- Die einheitliche Nutzung von ilias soll verpflichtend sein und somit die Online-Zugänglichkeit von Vorlesungen und anderen Veranstaltungen verbessert werden.
- Der Forumsrasen soll geschützt werden, indem Veranstaltungen auf dem Forum begrenzt werden und Veranstalter für die Wiederherstellung des Rasens nach einer Veranstaltung sorgen.
- Fakultätsbibliotheken sollen während der Klausurenphase auch am Wochenende geöffnet werden, um die Lernplatzsituation zu entspannen.
- Es sollen mehr Fahrradstellplätze an Hörsälen und vor der Bibliothek geschaffen werden
- Politische Proteste/Bewegungen wie "Fridays for Future" sind sinnvoll und wichtig.
- Die Verfasste Studierendenschaft soll sich klar pro-europäisch positionieren.
- Es sollte jedem selbst überlassen sein, ein landesweites Semesterticket in Anspruch zu nehmen und dementsprechend dafür zu zahlen.
- Das Studierendenparlament soll sich für die internationale Angleichung der Semesterzeiten einsetzen.
- Bachelor-Studiengänge am KIT sollten weniger Präsenzzeit, lockere Studienordnungen und eine geringere Prüfungsdichte besitzen und damit Studierenden ein selbstbestimmtes, forschungsorientiertes und systemkritisches Studium ermöglichen, da eine schnelle Berufseinführung nicht im Vordergrund stehen sollte.
- Die Abgeordneten sollten jeweils mindestens Mitglied eines Gremiums sein.
- Studiengänge sollten weniger auf die Interessen der Industrie ausgerichtet werden.
- Der Campus soll mehr zur verkehrsberuhigten Zone werden.
- Es soll ein Haus der Studierendenschaft entstehen.
- Studentisches Ehrenamt in der Hochschulpolitik sollte durch Aufwandsentschädigungen attraktiver gestaltet werden.

- Das KIT soll aktiv studentische Veranstaltungen durch organisierte Hallen und weniger Bürokratie unterstützen.
- Durch ehrenamtliches Engagement soll die Maximalstudiendauer heraufgesetzt werden können.
- Das Studierendenparlament sollte in seiner Position als Studierendenvertretung mehr Druck auf die kommunale Politik ausüben, aktiv gegen die Wohnungsnot vorzugehen.
- In den Wohnheimen sollen Biotonnen bereitgestellt werden.
- Die Verfasste Studierendenschaft soll sich klar gegen sämtliche Formen von Faschismus, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Diskriminierung klar distanzieren.
- Zugangsbedingungen am KIT sollten verschärft werden, um für ein Studium nicht qualifizierte Leute, eine Zeitverschwendung zu ersparen, die hohen Durchfallquoten zu senken und den Hochschulhaushalt zu entlasten.
- Das KIT darf keine Zugangshürden für Master-Studiengänge besitzen.
- Die Verfasste Studierendenschaft soll eine einheitliche Genderform in allen Dokumenten ausarbeiten und durchsetzen.
- Das Studierendenparlament soll sich dafür einsetzen, dass christliche Feste wie Weihnachten oder Ostern an der Universität stärker zelebriert werden, zum Beispiel durch studentisch organisierte Gottesdienste.
- Die maximale Anzahl an Semestern sollte abgeschafft werden.
- Das Studierendenparlament sollte sich nicht zu allgemeinpolitischen Themen positionieren.
- Die Kameraüberwachung auf dem Campus sollte verringert werden.
- Die studentische Mitbestimmung sollte ausgebaut werden.

Karlsruhe, den 10. Juni 2019